

# Erzgebirgischer Volksfreund

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhmiß, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertriebsstellen: Aue 51 und 52, Böhmiß (Karl Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 551. Druckerschriftl. Vertriebsamt Schwarzenberg.

**Wagen- und Kutschen** für die am Sonntag erscheinende Nummer bis Sonntag 9 Uhr in den Anzeigenstellen. Eine Gebühr für die Entnahme der Wagen am morgendlichen Tage kann an bestimmter Stelle nicht gegeben, auch nicht für die Rückgabe der durch den Fahrer aufgegebenen Wagen. — Für Rückgabe von Wagen ist ein Bescheinigung über die Rückgabe keine Voraussetzung. — Unterbrechungen des Geschäftsverkehrs begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsergänzung und Rückgabe gelten Abfälle als nicht vereinbart. Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Böhmiß, Schneeberg und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ enthält täglich mit Ausnahme der Tage nach Com- und Neujahren. Der Preis für die 34 mm breite Colonat-Anzeigenliste im Wochenblatt Nr. 20 (Samstagsausgabe und Sonntagausgabe) beträgt 15, monatlich 25, für die 50 mm breite Zeitung Nr. 20, monatlich 100, für die 90 mm breite mit. Colonatliste 55, monatlich 24. Bestellschein. Verlags- und Druckerei: Aue, Erzgeb. Nr. 51. Geschäfts- und Druckerei: Aue, Erzgeb. Nr. 52.

Nr. 265.

Sonnabend, den 14. November 1925.

78. Jahrg.

## Amtliche Anzeigen.

**Herr Schmiedemeister Richard Ludwig in Radlumbad Oberschlema** beabsichtigt, in seiner Schmiedewerkstatt auf dem Grundstück Derslitz Nr. 537 für Radlumbad Oberschlema einen **Federhammer** aufzustellen. Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies hiermit mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen gegen diese Anlage, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechtstiteln beruhen, binnen 14 Tagen bei der Amtshauptmannschaft einzureichen. Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 12. Nov. 1925.

Sonnabend, den 14. November 1925, vormittags 10 Uhr, soll in Schwarzenberg 1 **Fuß Rotwein, 50 Liter**, öffentlich meistbietend gegen Verzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Restaurant Lerzoffe. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Die über das **Anschlag- und Reklamewesen** in der Stadt Aue erlassene Verordnung liegt im Stadthaus — Zimmer 18 — während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Aue, den 12. November 1925. Der Rat der Stadt.

**Aue. Stromunterbrechung.** Am Sonntag, dem 15. November 1925, findet von vormittags 11 bis 1 Uhr eine Unterbrechung der Stromversorgung des Stadtnezes Aue statt. Aue, den 13. November 1925. Die Direktion der städt. Gas- und Elektrizitätsverf. Aue i. C.

## Stellmacher- und Wagenbauer-Zwangsinnung.

für die Amtsgerichtsbezirke Aue, Johanngeorgenstadt, Böhmiß, Schneeberg und Schwarzenberg, S. H. Aue. Die Liste über die Abstimmung für oder gegen die Ausdehnung der Stellmacher- und Wagenbauer-Zwangsinnung für die Amtsgerichtsbezirke Aue, Böhmiß und Schneeberg auf dem Amtsgerichtsbezirke Johanngeorgenstadt und Schwarzenberg, S. H. Aue, liegt vom 14. November ab zwei Wochen lang während der Dienststunden im Stadthaus Aue, Zimmer Nr. 18, zur Einsichtnahme und Erhebung etwaiger Widersprüche der Beteiligten öffentlich aus. Widersprüche, die erst nach Ablauf dieser Frist angebracht werden, können nicht berücksichtigt werden. Aue, am 12. Nov. 1925. Der Kommissar, Stadtrat Jögler.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Böhmiß und Schwarzenberg eingesehen werden.

## Die Rückwirkungen sichergestellt?

Zusammentritt des Reichstags am 20. 11.

Die Gesegentwürfe über Locarno.

Wirth geht aufs Ganze.

Berlin, 13. Nov. Zu der Neuerung des diplomatischen Berichterstatters der Londoner „Westminster Gazette“ über eine Störung in den Verhandlungen über das Rheinlandsregime bemerkt die „Tägl. Rundsch.“, es könne keine Rede davon sein, daß in den Verhandlungen zwischen den Westmächten und Deutschland eine Störung eingetreten sei, weil die deutsche Auffassung hier der Gegenseite widerstreitet. Die Verhandlungen seien vielmehr abgeschlossen, und zwar so, daß die Rückwirkungen schon vor der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno verbindlich sichergestellt werden. Man könne sicher sein, daß spätestens am Dienstag die Rückwirkungen bekannt gegeben werden.

Berlin, 13. Nov. Die „Germania“ veröffentlicht Mitteilungen des Abgeordneten Dr. Wirth, in welchen dieser erklärt, daß es sich bei seinem Austritt aus der Zentrumsmehrheit des Reichstages nicht etwa um eine spontane Berührung oder um eine tiefgehende Verbitterung gehandelt, sondern daß sein in kühler Ruhe vorbedachter Schritt die Stimmungen weitester Zentrumskreise zum Ausdruck gebracht habe. Auf dem Parteitage in Kassel werde er die Dinge darstellen, wie sie tatsächlich sind. Diese Aussprache, die öffentlich stattfinden werde, könne allein die Klärung bringen. Ich gehe nicht nach Kassel, so erklärt Dr. Wirth, um mit meinen politischen Freunden anderer Richtung papierne Einigungsformeln und Definitionen zu finden. Vor jeder Einigungsformel steht die Klärung des Kurzes und der entschiedene politische Wille, den Kurs zum Ziele unserer Gesamtpolitik nicht nur zu erkennen, sondern ihn auch in der ganzen Reichspolitik zum Ausdruck zu bringen. Zur Reichspolitik gehört nach unserem verfassungspolitischen System auch die Gestaltung der Reichsregierung. Jetzt erhebt sich die Frage, über die auf dem Parteitag zu sprechen sein wird: Soll das Zentrum ohne Rücksicht auf Personen die Initiative ergreifen?

Berlin, 12. Nov. Nach dem nunmehr vorliegenden Beschluß des Vorkonferenzrates wird der Reichstag am 20. November zusammentreten. Er wird aber zuerst die Erledigung verschiedener Handelsverträge in Angriff nehmen und sich erst am Montag, dem 23. November mit der Frage des Locarnopaketes beschäftigen. Die Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine einfache Mehrheit zu seiner Annahme genügt, während der Vorkonferenzrat die Frage offengelassen hat und das juristische Gutachten abwarten will.

## Die Entwaffnungsfrage.

Die deutsche Antwort nicht ganz befriedigend. Berlin, 12. Nov. Die deutsche Antwort auf die letzte Note der Vorkonferenzkonferenz, die Herr von Hoersch gestern in Paris übergeben hat, soll ein ziemlich umfangreiches Schriftstück sein. Nach Mitteilung der Pariser Presse sei die deutsche Antwort die ernste Bemühung Deutschlands, die noch bestehenden Differenzen in der Entwaffnungsfrage aus der Welt zu schaffen. In den meisten Punkten gebe Deutschland befriedigende Auskunft und Vorschläge. Allerdings sei die deutsche Antwort hinsichtlich der Einschränkung der Befugnisse des Generals von Seekt und hinsichtlich der Organisation der Schutzpolizei nicht ganz nachgiebig und gebe noch zu einigen Bemerkungen Anlaß. „Journal“ erklärt, die Alliierten wollten ihre Forderungen auf ein Mindestmaß beschränken. Was die Reorganisation des deutschen Oberkommandos, das heißt die Befugnisse des Generals von Seekt, anbelange, so werde es den Alliierten genügen, wenn der Präsident der Deutschen Republik sich zu einem Dekret entschließen, das nicht veröffentlicht zu werden brauche. Die Geheimblinde könnten weiter forbestehen, aber unter der Voraussetzung, daß von jeder militärischen Ausbildung abgesehen werde. Bezüglich der Sicherheitspolizei werde nur zur Bedingung gemacht, daß sie nach den Vorbildern der ausländischen Volkspolizeitruppen ausgebildet werde.

- 1. Der Reichstag stimmt den in der Anlage beigefügten Verträgen zu.
- 2. Der Reichstag ermächtigt die Regierung zum Eintritt in den Völkerbund.

Schon aus der Rede des Reichskanzlers, die der „E. V.“ gestern im Morikaut brachte, konnte man entnehmen, daß die Reichsregierung die Frage der Rückwirkungen als gelöst ansieht. Was das Blatt des Außenministers, die „Tägl. Rundschau“, heute mitteilt, bestätigt diese Auffassung. Hoffentlich täuscht sich die Regierung nicht.

Wenn der Reichstag in seiner Mehrheit für Locarno stimmt — ob die einfache Majorität genügt, oder ob eine 2/3-Mehrheit nötig ist, steht noch dahin —, dann wird die bis dahin aufgeschobene Frage der Regierungsumbildung akut werden. Der Sozialdemokratie hat man anscheinend weitestgehende Zusicherungen gegeben, die zur Folge haben, daß sie ganz plötzlich verstummt ist. Im Zentrum wird der Fall Wirth auf dem demnächst stattfindenden Parteitag gelöst werden, höchstwahrscheinlich im Sinne Wirths. Es ist also für das nationale Bürgertum aller Grund vorhanden, die Augen offen zu halten.

Berlin, 12. Nov. Der Reichspräsident hat den Botschafter in Madrid Dr. Freiherr Langwerth von Simmern nunmehr zum Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete ernannt.

## Tschechische Pläne.

Beschl. der Deutschen im Kriegesfall? Dresden, 12. Nov. Von durchaus zuverlässiger deutsch-böhmischer Seite wird folgendes berichtet: „Trotz der Versicherungen, die der tschechische Außenminister Beneš in Locarno gemacht hat, ist man in Prager Regierungskreisen eifrig bestrebt, alle möglichen ersten Eventualfälle zu erörtern und für die entsprechende Einteilung der wehrpflichtigen Deutschböhmen Vorbereitungen zu treffen. So wurde u. a. in den maßgebenden Militärkreisen Prags — hierzu gehören die französischen Generalstäbe — der Plan aufgestellt, daß in einem Kriegesfall zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland alle wehrpflichtigen Deutschböhmen in geschlossenen Formationen nach Frankreich abtransportiert werden sollen. Von dort aus sollen die Deutschen dann Verwendung in den französischen Kolonialtruppen oder in der Fremdenlegion finden. Diese Mitteilung gewinnt durch die Tatsache an Wahrscheinlichkeit, daß es für die tschechischen Machthaber schon längst beschlossene Sache ist, daß in einem Kriegesfall gegen Deutschland die Deutschböhmen nicht in die tschechische Armee eingereiht werden.“

## Die Schandprozesse bleiben.

Rotterdam, 12. Nov. Der „Courant“ meldet aus Paris: Mit der deutschen Antwortnote hat sich der Ministerrat Mittwochabend lebhaft vorbereitend befaßt. Im Kabinett herrscht die Absicht, solange keine Räumung Kölns von der Vorkonferenz beschlossen ist, auch die in Aussicht genommenen Erleichterungen für das besetzte Gebiet noch nicht in Kraft treten zu lassen. Die Aufrechterhaltung der Kriegsschuldigenprozesse vorläufig, der sich das Kabinett angeschlossen hat. Der neue Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete.

## Der Dames-Tribunal.

Berlin, 12. Nov. Aus dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen ist zu entnehmen, daß die Einnahmen im zweiten Annuitätensjahr, das bis zum 31. Oktober 1925 läuft, sich auf 154 630 331,4 Mark und die Zahlungen im gleichen Zeitraum sich auf 177 515 884,29 Mark belaufen.

## Der Zollkampf mit Spanien.

Berlin, 12. Nov. Der Reichsrat hat über die Maßnahmen Beschluß gefaßt, die von der Reichsregierung zur Abwehr der spanischen handelspolitischen Kampfmaßnahmen vorgeschlagen worden sind. Die Abwehrmaßnahmen bestehen in einer sehr starken Erhöhung der Zölle auf die wichtigsten spanischen Ausfuhrerzeugnisse. Der Reichsrat hat zugestimmt, daß diese Abwehrmaßnahmen erforderlichensfalls alsbald in Kraft gesetzt werden; er hat dabei jedoch auch dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß alles versucht wird, um den gegenwärtigen für beide Teile unerfreulichen Zustand so schnell wie möglich zu beenden.

## Die spanische Diktatur in Gefahr.

London, 12. Nov. Nach einer Meldung der „Times“ aus Madrid ist auch in Barcelona eine Verwirrung gegen das Direktorium aufgedeckt worden. Mehrere Generale sollen schwer befaßt sein. Die ehemaligen Abgeordneten Trias und Miróles sind verhaftet worden.

Paris, 12. Nov. Der „Matin“ bringt einen Brief aus Spanien, wonach das Direktorium mit Massenverhaftungen im Peere begonnen hat. In Madrid sind mehrere Verhaftungen in der königlichen Leibwache vorgenommen worden.